



# distriktsforum

Eine Zeitung mit Nachrichten für den SPD-Distrikt Ottensen

Mai 2009

## Einladung zur Mitgliederversammlung

am Dienstag, 26. Mai 09 um 19:30 Uhr

im Kodrobs Altona Hohenesch 13-17

### Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Aktuelles (Neumitglieder begrüßen u.a.)
2. Thema: Stadtteilschule/Primarschule - pro und contra  
Kurzreferat: Arne Broders \*
3. **altonale 11** 20/21. Juni Standbetreuung, Auf- und Abbau etc.
4. Vorbereitung Wahlen (Plakatierung, Infostände u.a.)
  - zum Europaparlament am 07. Juni 2009
  - zum Deutschen Bundestag am 27. September 2009
5. Kinder-Sommerfest am 12. September 2009 im Fischi
6. Berichte aus Bezirksversammlung und Bürgerschaft
7. Termine
8. Verschiedenes

Ottensen

**SPD**

Gäste sind immer herzlich willkommen!

Gerd Jütting  
Vorsitz

Katrin Behrmann  
stellv. Vorsitz

\* Arne Broders war in der Max-Brauer-Schule 6 Jahre lang einer der Vorsitzenden des Elternrates und ist jetzt im Elternrat des Gymnasiums Othmarschen und für diesen, wie auch schon früher für die MBS, im Kreiselternrat. Er hat also langfristig Erfahrung mit dem Thema Schulpolitik er hätte sich gut eine "Schule für Alle" vorstellen können und konnte sich auch mit dem 2.Säulen Modell anfreunden, jeweils das Beispiel der MBS vor Augen. Das jetzige Mischmodell Primarschule sieht er eher skeptisch.

## Leitartikel Wählen gehen!

### Liebe Genossinnen und Genossen,

In gut 4 Wochen, am 07 Juni, findet die Europa-Wahl statt. Das wisst Ihr natürlich längst. Warum schreibe ich dennoch an Euch darüber, obwohl Ihr schon zur Info-Elite gehört?

Von 375 Millionen Europäern, die über die Zusammensetzung des europäischen Parlaments entscheiden können, wussten nach einer bisher unveröffentlichten Umfrage der EU-Kommission und des EU-Parlaments 80 % der Befragten nicht einmal in welchem Monat die Wahl stattfindet. Wenn der Informationsstand dieser Mehrheit das Interesse widerspiegelt und sich in erschreckend niedrigen Wahlbeteiligungen niederschlägt, kann einem Angst und Bange werden. Sollten etwa nur 30 % der EU-Bürger ihre Stimme abgeben, würde dies die Legitimation des Parlaments in Frage stellen. Aus allen 27 Mitgliedsstaaten wurden ca 27.000 Personen befragt. Die Ergebnisse waren sehr unterschiedlich.

In Deutschland wollen

etwa 38 % der Befragten zur Wahl gehen, in Belgien sind es etwa 64 %, was wohl daran liegt, dass es dort eigentlich eine Wahlpflicht gibt, und in Polen sind nur 10 % gewillt zu wählen. Die Ausreden derer, die nicht wählen gehen wollen, reicht von " Ich weiß zu wenig über das Europa-Parlament" bis zu " Mit meiner Stimme kann ich doch nichts ändern". Das geht zwar an der Realität vorbei, gibt aber die Stimmung wider. Von den 27 Mitgliedsstaaten haben 19 eine konservative oder konservativ dominierte Regierung. Ähnlich sieht es im Parlament aus und das muss sich dringend ändern.

Wählen ist wirklich nicht schwer. In Ottensen ist es noch viel leichter als in Berlin. Am 7. Juni werden in unserer Hauptstadt 31 Parteien und Gruppierungen zur Europa-Wahl antreten. Die Berliner werden nach Angaben des dortigen Landeswahlleiters ihre Kreuze auf einem fast einen Meter

langen Stimmzettel machen müssen. Das soll neuer Rekord sein bei Europa- oder Bundestagswahlen. Da haben wir es in Ottensen einfacher. Also lasst uns zahlreich zur Wahl gehen. Und wer das nicht kann - aus welchem Grund auch immer - beantragt Briefwahlunterlagen. Wie das geht, steht auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung, die Euch das Bezirksamt Altona Mitte April zugeschickt hat. Also nicht vergessen: wählen gehen!



Gerd Jütting (Foto: S.Krappa)

Euer Gerd Jütting

**ALTONALE 11**

**20./21. Juni, 10- 18 Uhr**

**SPD-Stand auf dem Spritzenplatz**

Helfer und Helferinnen melden sich bitte bei Sebastian Jahnz im Kreisbüro: 38 70 95

## Ein Exkurs zum Thema Wahlpflicht...

In seinem Leitartikel hat Gerd die Wahlpflicht in Belgien angeführt. Bei einer immer geringer werdenden Wahlbeteiligung liegt dieser Gedanke gar nicht so fern, selbige auch in Deutschland einzuführen zu wollen. Wie halten es andere Länder damit. Ich habe bei Wikipedia folgende Liste gefunden. Besonders ist mir Singapur aufgefallen..

Land	Strafe für Nichtwählen
Ägypten, Chile, Fidschi	Geldstrafe, Gefängnis möglich
Argentinien	Geldstrafe von \$500
Australien	\$20 beim ersten Mal, bei wiederholten Fernbleiben von der Wahl bis zu Gefängnisstrafen
Belgien	Geldstrafen von 50€, Nichtwähler werden aber von der Staatsanwaltschaft nicht verfolgt.
Bolivien	Geldstrafe von 150 Bolivianos (etwa ein halber Monatslohn eines Arbeiters), auch sofortigen Einzug der Personalurkunde bis zur Sperre der Bankkonten sind möglich
Brasilien	geringe Geldstrafe, jedoch muss zur Bezahlung lange angestanden werden
Griechenland	Geldstrafe; regelmäßiges Wählen (nachgewiesen durch ein Wählerbuch) ist Voraussetzung für das Erteilen eines Reisepasses
Italien	Geldstrafe vorgesehen, wird in der Praxis aber regelmäßig nicht durchgesetzt
Kuba	vor der kubanischen Revolution von 1959 durch Armee und Polizei überwacht, nach 1959 stehen Kinder symbolisch vor den Wahllokalen Wache
Libanon, Libyen	(für Männer)
Luxemburg	Geld- und Freiheitsstrafe vorgesehen, wird aber nicht angewandt
Neuseeland	Eintragung in die Wählerlisten ist verpflichtend, die Wahl selber nicht
Ecuador, Liechtenstein, Nauru, Paraguay, Peru, Türkei, Uruguay	Geldstrafe
Schweiz, Kanton Schaffhausen	Geldbuße von drei Franken
Singapur	Nichtwähler werden aus den Wählerlisten entfernt, bis sie einen Grund angeben, warum sie wieder wählen wollen

## Wahlpflicht warum? Einige Argumente

- ➔ Die Wahlpflicht soll verhindern, dass eine zu geringe Mehrheit aus der Bevölkerung zu viel Einfluss auf das Gesamtergebnis von Wahlen erhält. Bei einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent besteht die Hälfte der Stimmen (also die theoretische absolute Mehrheit aus der Wahl) aus nur 35 Prozent aller Wahlberechtigten.
- ➔ Mit einer höheren Wahlbeteiligung soll der finanzielle Aufwand für Wahlkampf-Kampagnen reduziert werden und damit auch der Einfluss derjenigen, die den Parteien durch Spenden ihre Mittel zur Verfügung stellen.
- ➔ Das Abklingen der Wahlbeteiligung in großen Teilen der westlichen Welt hat zu verstärktem Zuspruch für die Einführung allgemeiner Wahlpflichten geführt. Die Motivation ist dabei, dem öffentlichen Desinteresse an Politik entgegenzuwirken. Die so genannte Politikverdrossenheit stelle demnach eine potenzielle Bedrohung für die Demokratie dar und könne in einer Regierungsinstabilität resultieren.
- ➔ Bei einer Wahlpflicht machen sich vor den Wahlen auch viele Politikverdrossene Gedanken darüber, welche Parteien sie wählen wollen oder zumindest, welche nicht. Dadurch wird populistischen oder extremistischen Parteien entgegengewirkt, welche oft nur durch eine unzufriedene Minderheit gewählt werden. Ein Beispiel sind die französischen Präsidentschaftswahlen 2002, als sich der Politiker der extremen Rechten, Jean-Marie Le Pen (FN), mit 16,86 % und einer sehr geringen Wahlbeteiligung, überraschenderweise gegen den aussichtsreichsten Kandidaten, Lionel Jospin (PSF), für die Stichwahl qualifizierte. Daraufhin kam es zu landesweiten Protesten, die meisten linken Parteien unterstützten nun sogar den späteren Amtsinhaber Chirac und es kam zu einer der höchsten Wahlbeteiligungen in der französischen Geschichte. Im zweiten Wahlgang verlor Le Pen deutlich mit 17,94 % zu 82,06 % gegen Jacques Chirac (UMP), dessen Chancen nach Umfragen gegen den zuvor ausgeschiedenen Jospin schlecht standen.

---

### Zitat des Monats von Michail S. Gorbatschow

(Quelle: [http://de.wikiquote.org/wiki/Michail\\_Gorbatschow](http://de.wikiquote.org/wiki/Michail_Gorbatschow))

"Ich glaube, Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren. Und wer die vom Leben ausgehenden Impulse - die von der Gesellschaft ausgehenden Impulse aufgreift und dementsprechend seine Politik gestaltet, der dürfte keine Schwierigkeiten haben, das ist eine normale Erscheinung."

(Kurz: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben)

---

### Impressum *distriktsforum*, 9. Jahrgang

Herausgeber und Redaktion:

SPD- Ottensen

**Druck: Friedensblitz**

Das *distriktsforum* ist eine Zeitung mit Nachrichten und Informationen für den SPD Distrikt Ottensen.

Es erscheint regelmäßig mit der Einladung zu jeder Distriktversammlung.

Spenden für SPD-Ottensen bitte auf das Distriktkonto:

SPD- Ottensen, Postbank, Kontonummer: 1220 12206, BLZ: 20010020

Beiträge und Meinungen, Briefe und Bilder, Termine und Fristen, Wichtiges und anderes bitte an die Redaktion:

[distriktsforum-ottensen@web.de](mailto:distriktsforum-ottensen@web.de)

Redaktionsschluss: 1.Dienstag im Monat

## Runder Tisch im Schanzenviertel

Betrachtungen von Hans-Jürgen von Borstel

Die autonome Szene im Schanzenviertel besteht aus Gutmenschen. Alle anderen sind doof und wissen nicht was ein anständiges Stadtteilfest ist.

Der Stadtteil Sternschanze ist Altonas letzter politisch, verwaltungstechnischer Geländegewinn. Was dieser Akt sollte, können GAL und CDU nicht schlüssig erklären, macht aber nix.

Mit dem Viertel kam ein weiteres Beispiel von Gentrification\* und ein ausgesprochen freies Stadtteilfest (vornehmlich unangemeldet, deshalb nicht genehmigt aber durchgeführt) auf Politik und Verwaltung zu.

Letzteres stand nun an. Das bewegte Politik und Amt zu dem Angebot, alle an dem Fest interessierten sollen sich im „Jesus Center“ im Schulterblatt an einem „Runden Tisch“ zusammenfinden. Dort würde gewiss ein Weg gefunden werden, womöglich mit Konsens und Anmeldung durch einen Veranstalter.

Der „Runde Tisch“ fand nun nicht wirklich statt.

Er wurde nach einer Viertelstunde abgebrochen, da der Raum eindeutig mehrheitlich von den „Autonomen“ in Anspruch genommen wurde und diese der Politik, dem Amt und den anderen Teilnehmern bedeuteten, dass sie vor allem an politkarnevalistischen Einlagen ihrerseits interessiert seien – keineswegs aber auch nur im Ansatz an einem Gespräch. Gaudi, Konfetti und Wasserspritzen waren das Repertoire dieser Kinder einer merkwürdigen Spaßgesellschaft. Im Nachgang bot der Herr Bezirksamtsleiter aus meiner Sicht völlig richtig an, dass diejenigen, die ein ernsthaftes Interesse an einem entsprechenden Fest haben, später noch einmal zu einer weiteren Runde eingeladen würden.

Ein Teilnehmer der Partei „Die Linke“

versuchte während der Veranstaltung bei den „Autonomen“ Punkte zu sammeln. Das ist schon komisch, noch vor kurzem hätten die jungen „autonomen“-Menschen für DKP'ler nicht als potenzielle Bündnispartner gegolten.

Der Gestus der „Autonomen“ ist typisch für Auserwählte. Wir sind gute Menschen und darum wissen wir auch alles und vor allem besser. Wo wir sind da ist Freiheit! Deshalb brauchen „Autonome“ ein Fest auch nicht anzumelden. Der Strom kommt aus der Steckdose und das Wasser fließt doch auch überall. Wer sich mit der herrschenden Politik gemein macht, hat die Welt nicht verstanden und ist doof. Insbesondere nach den Vorkommnissen um den 1. Mai im Schanzenviertel muss über diese Weltanschauung >>>

## Das Schanzenfest

>>> wohl einmal gesprochen werden. Aber mit wem?

Es ist in der Tat so, dass es im Neu-Altonaer Stadtteil eine Reihe von Problemlagen gibt, die nur historisch zu verstehen sind. Vor dem II. Weltkrieg war das Schulterblatt eine begehrte und beliebte Einkaufs- und Bummelmeile. Nach dem Krieg verkam das Viertel langsam - der Fachterminus lautete

„Verslumung droht“

Mitte der 70iger setzte die „Stadtsanierung in kleinen Schritten (SikS)“ ein. Das Viertel durchlief bis heute verschiedene Sanierungsprogramme (inkl. entsprechender Bürgerbeteiligungsgremien).

Damit begann nach und nach eine Aufwertung des Viertels. Mit jedem Sanierungsschritt, der Entdeckung des Viertels durch Gastronomen und andere Gewerbetreibenden, setzte auch die Diskussion ein, wie wir sie heute noch kennen. Die Mieten sind z. T. dramatisch gestiegen, Eigentumswohnungen auf dem Vormarsch.

Was haben fast 40 Jahre Diskussion im Viertel bewirkt? Oder dialektisch gefragt: „Wie viel und welchen Anteil hat das politisch sozialromantische Projekt „Rote Flora“ an der Aufwertung des Viertels?“ In der letzten Bezirksversammlung haben wir Sozialdemokraten uns klar zu einem Fest in der Schanze bekannt. Das taten auch die CDU, GAL und FDP. Nur „Die Linke“ konnte nicht mit abstimmen, da sie die Bezirksversammlung vorzeitig verließ. Die „Autonomen“ waren zu Besuch und die Polizei auch. Letztere schützte die Redefreiheit und das war auch gut so. Das nahm die Fraktion der „Linken“ zum Anlass den Saal zu verlassen.

Was nun mit dem Fest im Einzelnen wird, das werden wir sehen. Für uns als Sozialdemokraten ist es der erste Ernstfall im Schanzenviertel. Die ganze Absurdität der Verwaltungsreform kommt hier zum Tragen. Unsere Forderung kann im Ergebnis nur sein, dass die

Bezirke Mitte, Altona und Eimsbüttel in der Schanze eng zusammenarbeiten, um die dortigen Problemlagen in den Griff zu bekommen.

Aber irgendwie kommt einem das ja bekannt vor. Was hat sich denn nun verbessert? Die Menschen aus dem Schanzenviertel benutzen für ihre Fahrt ins Bezirksamt immer noch die Buslinie 115 (heute Metrobus 15), nur in die entgegengesetzte Richtung.

Die sog. „Autonomen“ sind in Wirklichkeit doch ein recht heterogener punktueller und zeitlich begrenzter Zusammenschluss von in der Regel jungen Menschen.

Wichtiger sind die Gruppen, Initiativen, Vereine, die etwas für das Viertel tun wollen, Wichtig sind die heute sog. „Kreativen“ und Gewerbetreibenden, die Gastronomen. Alle Menschen die Lust und Spaß daran finden das Schanzenviertel wirklich weiterzuentwickeln.

Wie, darüber muss in der Tat geredet werden.

\* <http://de.wikipedia.org/wiki/Gentrifikation>

## Waldkircher Erklärung: Stoppt den Rüstungsexport

Anfang der 80er (auch 90er) Jahre waren wir Schüler aus Hamburg massiv gegen die Sparwut des Senates auf die Straße gegangen. Mit zeitweise mehr als 50 000 Schülern haben wir 2 Mal den damaligen Senator Jost Grolle in der Schulbehörde Mundsburg besuchen wollen. Wegen der Rotstiftpolitik in der Bildung im Zusammenhang mit dem damaligen Wettrüsten war einer unserer Hauptstätze:

### Für die Bildung tun sie NIX in der Rüstung sind sie Fix

(Scheint, als hätte sich nicht wirklich was verändert. Anm. der Redaktion)

(Rotstiftpolitik bedeutete, dass in der Bildung gestrichen wurde, was für überflüssig erachtet wurde)

Vielleicht erinnert ihr euch, ich hatte vor einiger Zeit eine Unterschriftenliste im distriktsforum abgedruckt. Das Ergebnis lest ihr bitte in der folgenden Pressemitteilung (Auszug)

### Mehr als 14.500 Unterschriften der „Waldkircher Erklärung: Stoppt den Rüstungsexport!“ an Staatsminister Eler übergeben

Massive Kritik am „grenzenlosen Skandal“ deutscher Rüstungsexporte Eler verspricht „eine Antwort, die nicht abwimmelt, sondern Substanz hat“ Freiburg/ Stuttgart/ Frankfurt, 29. März 09

Die fünf Sprecher der „Waldkircher Erklärung: Stoppt den Rüstungsexport!“ übergaben am Freitagabend in Freiburg die seitens ihrer und weiterer Organisationen gesammelten mehr als 14.500 Unterschriften an Staatsminister Gernot Eler. Darin bezeichnen sie die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung als „Skandal ohne Grenzen“ und fordern: „Waffenlieferungen muss Einhalt geboten werden!“ Die Waldkircher Erklärung wurde vom SPD-Ortsverein Waldkirch und von einer Vielzahl politischer und kirchlicher Friedensorganisationen ins Leben gerufen. Der renommierte Historiker Prof. Wolfram Wette, Mitglied der SPD Waldkirch, forderte

„insbesondere die Mitglieder des Bundessicherheitsrates eindringlich auf, sich für eine drastische Reduzierung der Rüstungsexporte einzusetzen“.

Wette betonte, dass Deutschland laut einer Studie des Friedensforschungsinstituts SIPRI in Stockholm „seit dem Jahre 2006 auf den unrühmlichen Platz 3 in der Weltrangliste der Länder mit dem höchsten Volumen an Rüstungsexporten aufgerückt“ sei. „So lange Deutschland Waffen an menschenrechtsverletzende Staaten wie Russland, Israel und viele andere liefert, sind die Politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Rüstungsexport Makulatur“, sagte Jürgen Grässlin. Massiv kritisierte der Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) „Waffentransfers an verfeindete Staaten wie Indien und Pakistan sowie die Verdoppelung der Kleinwaffenexporte in die besonders bedenklichen Drittländer. Mit Kleinwaffen“, so Grässlin, „werden 95 Prozent aller Menschen in Kriegen und Bürgerkriegen getötet.“ (...)

Die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung und der Kirchen (GKKE), die SIPRI-Jahresberichte sowie die „Waldkircher Erklärung“ finden sich auf der Website: [www.rib-ev.de](http://www.rib-ev.de)

**SPD-SommerKinderfest: dieses Jahr am 12. September!**

# Mit Kurzarbeit die Krise meistern

Ein Beitrag vom Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz



Olaf Scholz  
Foto: Romeo Deischl

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen sich in der Krise Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Mit unseren Maßnahmen wollen wir Betrieben, die jetzt in Schwierigkeiten geraten, ein klares Signal geben: Haltet an Euren Leuten fest! Mit den Konjunkturpaketen I und II wird eine deutlich längere Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld ermöglicht. Und es gelten vereinfachte Zugangsbedingungen. Unternehmen sollen trotz des konjunkturellen Tiefs ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten. Gleichzeitig fördern wir Qualifizierungsmaßnahmen während der Kurzarbeit. Ob fünfköpfiger Handwerksbetrieb oder Werbeagentur, ob Autozulieferer oder Baukonzern mit 5.000 Beschäftigten – Kurzarbeitergeld bietet Unternehmen jeder Branche mit mindestens einem Angestellten die Möglichkeit, ohne Entlassungen kurzfristig auf Umsatzeinbrüche zu reagieren. Hat ein Unternehmen Kurzarbeit angemeldet,

zahlt es für diese Zeit seinen Beschäftigten nur noch den Lohn für die tatsächlich geleistete Arbeit – und zwar ab der ersten Ausfallstunde. Reduziert sich beispielsweise die Arbeitszeit von 40 auf 20 Stunden, verringert sich auch der Lohn um die Hälfte. Einen Teil ihres Arbeitsentgelts bekommen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dann durch das Kurzarbeitergeld ersetzt: Sie erhalten 60 Prozent ihres entgangenen Nettolohns – lebt ein Kind im Haushalt, erhalten Sie 67 Prozent. Die Beiträge zu den Sozialversicherungen trägt zur Hälfte die Bundesagentur für Arbeit.

Indem die eingespielte Belegschaft gehalten werden kann, bleibt wertvolles Know-how im Unternehmen und sichert die Wettbewerbsfähigkeit, sobald sich die Auftragsbücher wieder füllen. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren in der aktuellen Situation von einer Phase der Kurzarbeit, wenn sie sich in dieser Zeit weiterbilden und damit wichtige Zusatzqualifikationen erwerben. Dies zahlt sich für den Arbeitgeber in doppelter Hinsicht aus: Er kann die Fähigkeiten seiner Beschäftigten verbessern und wird dabei von der Bundesagentur für Arbeit finanziell unterstützt. Durch die Kombination von Kurzarbeit und Qualifizierung wollen wir den Betrieben helfen, ihre erfahrenen Mitarbeiter auch in Krisenzeiten zu halten und klare Wettbewerbsvorteile für die Zukunft zu erlangen. Auch die Beschäftigten erhalten die Chance, gestärkt aus der Krise hervorzugehen,

>>>

## Mit Kurzarbeit die Krise meistern

>>> wenn sie in der entfallenen Arbeitszeit an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Sie erwerben Zusatzqualifikationen, die ihre persönlichen Aufstiegschancen erhöhen, und verbessern gezielt ihre Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt.

Wir haben eine Internetseite eingerichtet, auf der sich Beschäftigte und Unternehmen detailliert über die Maßnahmen informieren können:

[www.einsatz-fuer-arbeit.de](http://www.einsatz-fuer-arbeit.de)


Wir werden auch noch weiter gehen und das Kurzarbeitgeld auf 24 Monate ausdehnen und die Sozialversicherungsbeiträge nach einigen Monaten in Kurzarbeit vollständig erstatten. Wir müssen gemeinsam jede Anstrengung unternehmen, um diese schwierige Situation zu meistern. Die Krise ist daher auch eine Chance, manche vergessene sozialpartnerschaftliche Tradition in Deutschland wieder zu pflegen. Denn: Der Sozialstaat kann und muss jetzt seine Stärke beweisen.

## Wiederherstellung ermöglichen

von Marcus Erich-Delattre

Ein Park von der Max-Brauer-Allee bis zur Elbe  
- genannt Grünzug

Die langfristig geplante Umgestaltung des Grünzuges Neu-Altona wird in der (Fach-) Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Ohne auch nur annähernd auf alle Aspekte dieser strittigen Diskussion eingehen zu können, möchte ich hier die Geschichte dieser Stadträume in Erinnerung rufen.



Wo einst die lebendige Mitte Altonas rund um die St. Trinitatiskirche war, klappt heute eine eher triste Brachefläche zwischen Kirche und der Stadtautobahn Königstraße. Die schon in der NS-Zeit unter Konstanty Gutschow geplante Auslöschung der Altstadt von Altona, der Bombenkrieg und die Kahlschlag-sanierung der neuen autogerechten Stadt nach 1945 haben das kleinteilige Bebauungsmuster sowie die Geschichte der Kulturvielfalt Altonas vollständig abgeräumt. Auch die Planung für Neu-Altona durch den 1945 aus dem Exil zurückgekehrten Ernst May knüpfte an

die in der NS-Zeit von K. Gutschow entwickelten Konzepte für einen modernen Wiederaufbau nach dem Krieg an. Auch Ernst May befürwortete einen weiträumigen Abbruch der Altstadt und ignorierte die Anregungen des Architekten und Planers Gustav Oelsner, der erst 1949 aus dem türkischen Exil zurückgekommen, seine Tätigkeit in Altona wieder aufnehmen konnte. Gustav Oelsner engagierte sich für eine behutsame Stadterneuerung und eine Berücksichtigung der Bauten der Altstadt bei der zukünftigen Neugestaltung.

>>>

## Grünzug Altona- Wiederherstellung ermöglichen

>>> "Die Großstadt muss verschwinden, sagen die einen. (...) Mit der krampfhaft versuchten Verwirklichung würden vielleicht Verkehrsprobleme gelöst. Es würden aber Werte zerstört, die dem alten Europa seinen Rang gegeben haben. Nur modesüchtige Narren können die völlige Aufgabe der Großstadt für europäische Verhältnisse vorschlagen."

(Gustav Oelsner, Stadtplaner und Architekt, Junius Verlag 2008, S. 139)

Auf die in den 50er und 60er Jahren realisierte Neugestaltung der Altstadt hatte die Kritik von Gustav Oelsner keinen Einfluss. Dadurch ist die Erinnerung an die historische Mitte von Altona verloren gegangen. Erst mit der Wiederentdeckung der Geschichte des jüdischen Friedhofs durch das private Engagement von Herrn Prof. Studemund Halévy kam auch die Geschichte der historischen Mitte Altonas erstmals wieder ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit zurück.

Eine Neugestaltung und Neubebauung der Fläche um die St. Trinitatiskirche eröffnet die Möglichkeit, der historischen Mitte Altonas baulich wieder ein Gesicht zu geben. Die wechselvolle Geschichte dieses Ortes kann durch eine teilweise Rückbesinnung auf die Altstadtstruktur z.B. durch Aufgreifen des historischen Straßenverlaufs - wieder sichtbar und erlebbar werden. Die Wiederherstellung eines menschlichen Stadtraumes wäre möglich. Eine Beschränkung auf den Platz zwischen Kirche und Königstraße (ehemalige Kibbelstraße und Kibbels-tieg) und das Tankstellengrundstück (altes Rathaus) würde die Qualität eines neuen, offenen Zentralparks für Altona nicht einschränken. Ein Erhalt breiter

Grünflächen wäre möglich. An der neuen Kibbelstraße könnten einzelne, individuelle Häuser unserer Zeit gebaut werden, die aber in ihrer Formensprache Geschichte aufnehmen, um eine Erinnerung auch in der Gegenwart zu ermöglichen. An diesem Ort soll nicht geklotzt werden. Weiterhin kann ein Neubau des dänischen Rathauses von 1716 in alten Proportionen hier als Schlüsselbauwerk für das gesamte Umfeld einen wichtigen städtebaulichen Impuls setzen und mit einem kulturellen Nutzungskonzept verknüpft werden, welches der Öffentlichkeit eine Erinnerung an die (Kultur-)Geschichte Altonas in der dänischen Verwaltungszeit und die seiner bedeutenden jüdischen Gemeinde ermöglicht. Ein neuer Entwurf für das alte Rathaus kann sich im Spannungsfeld zwischen einer Interpretation und Rekonstruktion bewegen. Durch einen auf wenige Teile begrenzten Wiederaufbau des alten Stadtkerns mit heutigen Mitteln kann ein verbindendes bauliches Element geschaffen werden, dass die Vernetzung der heutigen Einzelbereiche des Stadtteils - jüdischer Friedhof - Grünzug Neu-Altona - Fischmarkt - Reeperbahn - Große bergstraße u.a. - planerisch unterstützt und eine Verbesserung der Lebensqualität für die Menschen fördert. Ein Neubau familienfreundlicher Wohnungen durch Baugemeinschaften oder neuer Wohnprojekte bei der St. Trinitatiskirche und eine langfristige Verengung der Königstraße kann diesen Stadtraum für alle Bevölkerungsgruppen wieder lebenswert gestalten.

Sicher, der Bezirk Altona steht erst am Anfang eines langen und schwierigen öffentlichen Diskussionsprozesses.>>>

## Grünzug Altona- Wiederherstellung ermöglichen

>>> Dennoch sollte meiner Auffassung nach die große Chance für eine Wiederherstellung maßvoller Stadträume durch eine behutsame kleinteilige Nachverdichtung nicht leichtfertig vertan werden. Der Erhalt der Grünflächen, ein neuer Zentralpark Altona und ein kleinteiligeres Straßen- und Bebauungsmuster müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern können sinnvoll miteinander verknüpft werden. Auch sollten alle an der Diskussion

beteiligten Akteure sich ihren möglichen eigenen (ideologischen) Verhärtungen stellen, die eine vernünftige Planungsdebatte blockieren. Ohne eine Überwindung der Verhärtungen ist eine (auch ökologisch) nachhaltige Wiederbelebung und Weiterentwicklung dieser für die Stadtgeschichte Altonas bedeutsamen Orte nicht möglich. Sich einem solchen Denkprozess zu verweigern, wäre meiner Meinung nach ein wirklicher Rückschritt.



Quelle: <http://www.gruenzug-altona.de/download/gruenzugPerspektive31208.pdf>

## **Grünzug Altona- Wiederherstellung ermöglichen**

### **Ausstellung im Rahmen des Hamburger Architektursommers 2009**

Eine mögliche Wiederbelebung der historischen Mitte Altona ist Schwerpunkt einer Ausstellung

in der Hauptkirche St. Trinitatis

Eröffnung am 04.06.09 mit einem Einführungsvortrag des Sozialdemokraten Dr. Hans Stimmann (Senatsbaudirektor a. D. Berlin)

Informationen zum Wettbewerb 'Grünzug-Altona' unter

<http://www.competitionline.de/31/projects/view/single-contribution/id/4013734>

Ein Interessanter 'Link' zum 'Grünen Netz Hamburg:

<http://www.hamburg.de/gruenesnetz/75180/start.html>



**20./21. Juni, 10- 18 Uhr  
SPD-Stand  
auf dem Spritzenplatz**

Helfer und Helferinnen Standbetreuung, Kaffe-Kuchen, Auf und Abbau und. und.. und...  
melden sich bitte bei Sebastian Jahnz im Kreisbüro: 38 70 95. Max-Brauer-Allee 20

**ruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...**

## **Nächstes Treffen zur Vorbereitung des**

### **SPD Kinder- und Sommerfest im Fischerspark**

Sonnabend den 12. September von 14.00 – 18.00 Uhr

**am Montag den 18. Mai um 20.00 Uhr im Kreisbüro**

Neue Ideen und tatkräftige Mithilfe sind sehr willkommen.

Wir brauchen Hilfe für:- Logistik- Bühnenequipment- Kinderschminken - Schachspielen -  
die Betreuung der verschiedenen Spiele - Verkauf von: Kaffee, Waffeln und Kuchen -  
Bratwurst und Kartoffelsalat – Selter , Saft und Bier u.n.a.m.

und besonders für den Auf- und Abbau am Tag ab 10.00 Uhr und nach Ende des Festes

Kontakt über: Reinhard Zaage Tel.: 8800516 oder E-Mail [zaagetruppe@aol.com](mailto:zaagetruppe@aol.com)

**ruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...Aufruf...**